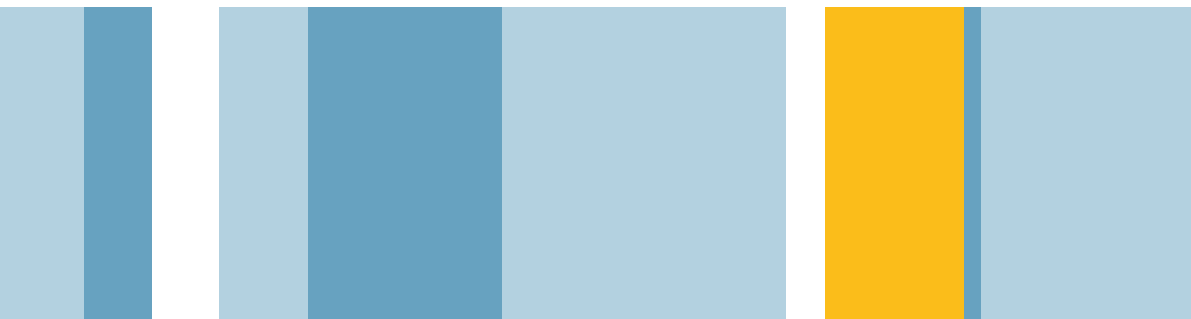




## BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN PRÄSIDIUMS VON BDA UND BDI

BILDUNG SCHAFFT ZUKUNFT



## VORWORT

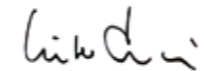
Bildung ist eine zentrale Investition in unsere Zukunft. Von der Rendite dieser Investition profitieren alle:

**Bildung schafft Zukunft für die Menschen:** Nur eine umfassende Bildung von Persönlichkeit und Berufsfähigkeit ermöglicht wirkliche Teilhabe der Menschen an der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Zeit.

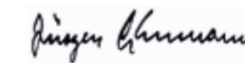
**Bildung schafft Zukunft für die Wirtschaft:** Nur mit gut ausgebildeten Fachkräften können wir neue Ideen entwickeln und hochwertige, oft einzigartige Produkte und Dienstleistungen anbieten, die uns im harten globalen Wettbewerb Marktchancen sichern.

**Bildung schafft Zukunft für das Land:** Nur wer ausreichend auf Anforderungen in Wirtschaft und Gesellschaft vorbereitet ist, kann selbstständig sein Leben gestalten und ohne dauerhafte Transferleistungen auskommen. Das ist unser Ziel in einer humanen und sozialen Gesellschaft.

**Bildung schafft Zukunft – für alle!** Unser Land braucht daher eine nachhaltige Prioritätensetzung bei der Bildung. Wir als Wirtschaft engagieren uns mehr denn je in der Bildungspolitik. Wir kooperieren eng mit Schulen und Hochschulen, denn unsere Betriebe und Unternehmen sind elementar auf eine bessere Bildungsqualität in Deutschland angewiesen. Unser Programm für eine Bildung, die Zukunft schafft, benennt quantifizierte Ziele sowie die Wege und Orientierungsmarken, die zur Zielerreichung führen.



**Dr. Dieter Hundt**  
BDA-Präsident



**Jürgen R. Thumann**  
BDI-Präsident

Berlin, April 2008

## BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN PRÄSIDIUMS VON BDA UND BDI

Bildungspolitik ist ein Schicksalsthema für den Standort Deutschland. Die Kompetenzen und Qualifikationen der Menschen sind in unserem rohstoffarmen Land die zentrale Ressource, von der Wettbewerbsfähigkeit, Fortschritt, Wohlstand und soziale Sicherheit abhängen. Bisher bleiben zu viele Potenziale durch Mängel im Bildungssystem ungenutzt:

- 8 % der Schulabgänger bleiben jährlich ohne Abschluss;
- 20 % der Schüler sind lt. PISA 2006 nicht ausbildungsreif;
- 15 % der jungen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren haben keinen Berufsabschluss;
- 21 % der Studienanfänger brechen ihr Studium vorzeitig ab.

Dies können und wollen wir uns nicht länger leisten. Wir unterstützen daher die begonnenen Reformen zur Verbesserung der Bildung in Deutschland. Weitere Schritte müssen aber unternommen werden. Die Anstrengungen in allen Bildungsbereichen – von der frühkindlichen Bildung über Schule und Hochschule bis zu Aus- und Weiterbildung – müssen auf drei zentrale Leitlinien ausgerichtet werden:

1. **Mehr Selbstständigkeit und mehr Wettbewerb** sind in allen Bildungsbereichen der Schlüssel zu **mehr Qualität**. BDA und BDI setzen sich für die Selbstständigkeit der Schulen und Hochschulen in Finanz-, Verwaltungs- und Personalfragen sowie für konsequente Entbürokratisierung und Dezentralisierung im Bildungsbereich ein.

2. Die Abschottung der verschiedenen Bildungswege gegeneinander muss überwunden, die **Durchlässigkeit des Bildungssystems** und die internationale Vergleichbarkeit der Qualifikationen müssen verbessert werden. BDA und BDI engagieren sich für die Öffnung der Hochschulen für Absolventen beruflicher Ausbildung über faire Auswahlverfahren und für einen praxistauglichen Deutschen Qualifikationsrahmen, der Berufsbildung und Hochschule verbindet und den Anschluss an den europäischen Qualifikationsrahmen herstellt.

3. Der Fachkräftebedarf an Ingenieuren, Naturwissenschaftlern, Informatikern, Technikern und Meistern wird bereits zur Wachstums- und Innovationsbremse. Zur quantitativen und qualitativen **Sicherung des MINT-Nachwuchses** (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) müssen Unterricht und Lehre in Schule und Hochschule hier Prioritäten setzen. BDA und BDI werden mit der gemeinsamen Strategie „MINT Zukunft schaffen“ in den Jahren 2008-2013 die vielfältigen regionalen und branchenbezogenen MINT-Initiativen von Unternehmen und Verbänden unterstützen, um gezielt auf Schule, Hochschule und Politik einzuwirken, damit die Zahl der MINT-Ausbildungs- und Studienanfänger und hier insbesondere der Frauenanteil erhöht, die Abbrecherquoten gesenkt und die Qualität der MINT-Absolventen gesteigert wird.

Orientiert an diesen Leitlinien müssen Reformen in den einzelnen Bildungsbereichen vorgebracht werden – damit **BILDUNG ZUKUNFT SCHAFFT**.

## FRÜHKINDLICHE BILDUNG SCHAFFT ZUKUNFT

- Damit alle Kinder – unabhängig vom sozialen Hintergrund der Eltern – frühzeitig gefördert und ihre Potenziale entfaltet werden können, ist zumindest ein obligatorisches beitragsfreies Vorschuljahr einzuführen.
- Zur Einschulung ist durch frühkindliche Bildung bei allen Kindern eine zur aktiven Teilnahme am Unterricht befähigende deutsche Sprachfertigkeit sicherzustellen. Frühe Sprachstandstests müssen in jedem Bundesland obligatorisch sein, um bei Bedarf gezielte Hilfe geben zu können.

Dafür muss der Kindergarten zur ersten Stufe des Bildungssystems ausgebaut werden. Frühkindliche Bildungs- und Erziehungspläne müssen in den Kindergärten systematisch umgesetzt werden. Wichtige Schwerpunkte sind die individuelle Sprachförderung und die Nutzung der natürlichen Neugier der Kinder, um Interesse an naturwissenschaftlichen Phänomenen sowie an Technik zu wecken und erste Kenntnisse zu vermitteln.

Die Kindergartenleitung muss künftig über eine pädagogische Hochschulausbildung oder vergleichbare Kompetenzen verfügen. Auch die Ausbildung der Gruppenleiterinnen und Erzieherinnen an den Fachschulen sowie die Weiterbildungsangebote müssen an die neuen Anforderungen angepasst werden.

## SCHULE SCHAFFT ZUKUNFT

### Bis 2015 muss

- der Anteil der Schulabbrecher von heute 8 % auf 4 % halbiert werden;
- der Anteil der leistungsschwachen, nicht ausbildungsreifen Schulabgänger von heute 20 % auf 10 % gesenkt werden;
- der Anteil der Leistungsstärksten von heute 10 % auf 15 % steigen.

**Mehr Selbstständigkeit der Schulen und mehr Wettbewerb** bilden den Schlüssel zu **mehr Qualität**. Die Wirtschaft unterstützt das Ziel der finanziellen Gleichbehandlung von staatlichen und staatlich anerkannten privaten Schulen. Wir brauchen die selbstständige Schule, die genauso eigenverantwortlich über Personal- und Finanzfragen entscheiden kann wie über ihre pädagogischen Konzepte. Im Gegenzug muss jede Schule über ihre Arbeit Transparenz herstellen. Maßstab sind dabei die bundesweiten Leistungsstandards. Eine systematische Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte muss selbstverständlich sein.

Die Sicherung der umfassenden **Persönlichkeitsentwicklung** und der **Ausbildungsreife** jedes einzelnen Schülers durch individuelle Förderung und differenziertes Lernen auf der Basis regelmäßiger Lernstandskontrollen muss im Fokus der Schule stehen. **MINT-Fächer** müssen durchgehend bis zur jeweiligen Abschlussklasse in den Lehrplänen aller Bundesländer verankert werden. Bedarfsgerechte Ganztagsschulangebote sichern Bildungschancen auch für Kinder mit Migrationshintergrund oder bildungsfernem Hintergrund. Eltern müssen eng in die Schularbeit einbezogen werden. Eine kontinuierliche, fächerübergreifende Berufsorientierung in Kooperation mit externen Partnern, insbesondere mit Betrieben im Netzwerk **SCHULE-WIRTSCHAFT**, muss fest im Schulalltag verankert werden.

## HOCHSCHULE SCHAFFT ZUKUNFT

### Bis 2015 muss

- die Studienanfängerquote von heute 36 % auf deutlich über 40 % steigen;
- die Betreuungsrelation zwischen Studierenden und Lehrkräften insgesamt um ein Drittel verbessert werden;
- die Quote der Studienabbrecher von heute 21 % auf 10 % reduziert werden;
- der Anteil der Hochschulabsolventen in MINT-Fächern an allen Hochschulabsolventen von heute 31 % auf 40 % steigen.

Dafür brauchen wir **exzellente und wettbewerbsfähige Hochschulen** in der Vielfalt der Profile von Fachhochschulen und Universitäten in staatlicher und privater Trägerschaft, die auf hohem Niveau forschen und insbesondere auch lehren. Profilbildung setzt **Autonomie in Personalrekrutierung, Finanzverantwortung und Management** voraus. Ziel muss die **Beschäftigungsfähigkeit** und Innovationskraft der Absolventen sein. Dazu gehört eine eigenständige Auswahl der Studierenden nach transparenten, ganzheitlich orientierten Kriterien. Zu den Auswahlverfahren müssen auch Absolventen der beruflichen Ausbildung Zugang erhalten. Die studienzeitverkürzende Anrechnung beruflicher Qualifikationen muss verbessert werden.

Für ein hochwertiges Angebot müssen Hochschulen interne **Qualitätssicherungsinstrumente** aufbauen. Dies wird flankiert durch eine Akkreditierung des hochschulischen Qualitätsmanagements nach vom Akkreditierungsrat sorgfältig zu definierenden Qualitätsmerkmalen und mit kontinuierlichen und ausreichenden Programmstichproben. Die Hochschulen müssen ihre Angebote zügig auf **Bachelor-/Master-Studiengänge** mit klarer Beschäftigungsorientierung umstellen. Die Angebote müssen neben Fachkompetenz auch Sozial- und Perso-

nalkompetenz vermitteln. Das Engagement der Hochschulen in der **wissenschaftlichen Weiterbildung** für Berufspraktiker mit und ohne Hochschulabschluss muss in enger Kooperation mit der Wirtschaft deutlich ausgebaut werden. Das Gleiche gilt für das Angebot an dualen Studiengängen, das je nach den regionalen Gegebenheiten auch durch eine gezielte Förderung der Berufsakademien und Fachhochschulen erweitert und verbessert werden kann.

Damit die Chancen geburtenstarker und doppelter Abiturientenjahrgänge in den nächsten Jahren zur Sicherung des Führungs- und Fachkräftenachwuchses genutzt werden können, muss der **Hochschulpakt 2020** über das Jahr 2010 hinaus verlängert und dabei insbesondere das Angebot von MINT-Studiengängen ausgebaut werden.

## BERUFSBILDUNG SCHAFFT ZUKUNFT

### Bis 2015 muss

- der Anteil junger Menschen ohne Ausbildungsabschluss von heute 16 % der 20- bis 29-Jährigen auf 8 % halbiert werden;
- die Zahl der beruflich Qualifizierten ohne formale Hochschulzugangsberechtigung, die ein Studium beginnen, von knapp 1 % auf 5 % der Studienanfänger steigen.

Die **Unternehmen investieren** zur Sicherung ihres Fachkräftebedarfs **jährlich rd. 27 Mrd. € in die Ausbildung** und noch einmal **rd. 28 Mrd. € in die Weiterbildung** ihrer Mitarbeiter.

2007 wurde die zweithöchste Zahl neuer Ausbildungsverträge seit der Wiedervereinigung erreicht; mehrere tausend Ausbildungsplätze blieben sogar unbesetzt. Hemmfaktor für mehr Ausbildung ist die durch PISA attestierte **mangelnde Ausbildungsreife eines jeden fünften Schulabgängers**. In der Schule müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um diesen Missstand zu beheben.

Um im Übergang **auch Leistungsschwächeren betriebliche Ausbildungschancen** bieten zu können, müssen Berufe mit unterschiedlichem Anforderungsniveau und zugehörige Anrechnungsmöglichkeiten geschaffen werden. Sinnvoll zur Integration leistungsschwacher Jugendlicher in betriebliche Ausbildung ist eine gezielte finanzielle Eingliederungshilfe sowie eine stärkere Flankierung der Ausbildung durch begleitende Hilfen. Kontraproduktiv und schädlich ist dagegen ein pauschaler Ausbildungsbonus. Von den Ausbildungsplatzbewerbern ist berufliche wie regionale Mobilität gefordert. Die Nachqualifizierung junger Menschen ohne Berufsabschluss muss verstärkt über gezielte, betriebsnahe sowie modular aufgebaute und zertifizierte Qualifizierungsangebote erfolgen. Um das **Potenzial leistungsstarker Jugendlicher besser auszuschöpfen**, bieten die Unter-

nehmen zunehmend Zusatzqualifikationen an und beteiligen sich an dualen Studiengängen.

Ausbildungsberufe müssen entsprechend dem Qualifikationsbedarf der Branchen und der Betriebe zügig modernisiert oder neu geschaffen werden. Bei verwandten Tätigkeitsprofilen soll hier die Schaffung von **Berufsgruppen** geprüft werden. Die im Rahmen des Berufsbildungsgesetzes bestehenden Möglichkeiten zur praxis- und betriebsnahen Prüfungsgestaltung müssen ausgeschöpft werden. Die **Berufsschule** muss als Partner der Betriebe wie ein modernes Dienstleistungsunternehmen aufgestellt werden. Hierzu gehören mehr Selbstständigkeit zur Profilbildung, Personalauswahl und Finanzplanung, ein modernes Zeitmanagement und eine systematische, praxisnahe Lehrerfortbildung.

Die **Verantwortung für berufliche Weiterbildung** muss durch Einbringung höherer Freizeitanteile fairer zwischen den Arbeitgebern und ihren Mitarbeitern **aufgeteilt werden**. Der freie Weiterbildungsmarkt ist der beste Garant für passgenaue Qualifizierungs- und Beratungsangebote und darf nicht in ein Regulierungskorsett gezwungen werden.



**Bundesvereinigung der  
Deutschen Arbeitgeberverbände**

Abt. Bildung/Berufliche Bildung  
im Haus der Deutschen Wirtschaft  
Breite Straße 29  
10178 Berlin

Tel. +49 30 2033-1500  
Fax +49 30 2033-1505

[www.bda-online.de](http://www.bda-online.de)  
[info@bda-online.de](mailto:info@bda-online.de)



**Bundesverband der  
Deutschen Industrie e. V.**

Abt. Technologie- und Innovationspolitik  
im Haus der Deutschen Wirtschaft  
Breite Straße 29  
10178 Berlin

Tel. +49 30 2028-1409  
Fax +49 30 2028-2409

[www.bdi.eu](http://www.bdi.eu)  
[info@bdi.eu](mailto:info@bdi.eu)